

Der Bologna-Prozess als Herausforderung an Selbst- und Fremdorganisation für das deutsche Hochschulwesen

Petra Schmidt
(Hochschule Mittweida, WB MPI)

Der Bologna-Prozess verlangt von den Hochschulen und Universitäten in Deutschland eine Straffung der Ausbildungszeit bei gleichzeitiger Forderung nach Berufsbefähigung des Absolventen. Die Integration von Praxissemestern in FH-Studiengänge konnte dies leisten. Durch eine Verringerung der Studienzeit auf 6 bis 7 Semester müssen neue Organisationsformen gefunden werden, um Praxis und Theorie zu integrieren. Interdisziplinäre Projektarbeit bietet eine Möglichkeit dies zu leisten. Die Arbeit im Projekt erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Selbstorganisation der Beteiligten. Andererseits werden Projekte in der Regel auch von äußeren Bedingungen beeinflusst, so dass sie nicht frei von Fremdorganisation sind. Projektorientierte Hochschulausbildung eignet sich also in hervorragender Weise, um die Anforderungen an den zukünftigen Arbeitsmarkt zu erfüllen. Dies erfordert im Gegenzug Änderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation von Hochschulen, denn selbstverständlich müssen auch im Rahmen von Projekten Lehrinhalte weiterhin systematisch und methodisch erarbeitet werden. Ein unkontrolliertes bzw. unbegleitetes Arbeiten einer studentischen Gruppe wäre fatal. Für das Lehrpersonal bedeutet eine projektorientierte Ausbildung dementsprechend ebenso die Öffnung nach außen und das Arbeiten im Team in wechselnden Rollen und wechselnden Aufgaben. In diesem Beitrag werden diese beschrieben und Konsequenzen für die zukünftig geforderte Qualifikation des Ausbildungspersonals erarbeitet.